

Presseerklärung

20.9.2017

Initiative ruft auf zu bundesweitem Kongress:

»Demonstrationsrecht verteidigen!«

Samstag, 7. Oktober, 11 Uhr | Volkshochschule Düsseldorf (direkt am Hauptbahnhof)

Referate von Experten schlagen Alarm wegen Grundrechte-Abbau

Angesichts des aktuellen Grundrechte-Abbaus und der hohen Haftstrafen gegen Demonstranten beim G20-Gipfel lädt die Initiative »Demonstrationsrecht verteidigen!« aus Gewerkschaften und Bürgerrechtsorganisationen, Journalisten- und Anwaltsverbänden, sowie Migrantenorganisationen, nach Düsseldorf zum Grundrechte-Kongress. Dort kommen BürgerInnen und AktivistInnen zu Wort, nach einer Eröffnung durch Experten-Vorträge (Statements der ReferentInnen und Pressekontakt siehe Seite 2):

- **Alexander Bosch**, Sprecher für den Themenkomplex "Polizei und Menschenrechte" bei Amnesty International Deutschland
- **Gabriele Heineke**, Republikanischer Anwältinnen - und Anwälteverein e.V.
- **Ulla Jelpke**, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.
- **Gerhard Kupfer**, Maschinenschlosser, Gewerkschafter seit 45 Jahren, bis 2014 IG-Metall-Vertrauensmann, Mitglied der Vertrauenskörperleitung und der Tarifkommission, sowie Mitglied des Betriebsrates bei Daimler Bremen.
- **Peter Dinkloh**, langjähriger Journalist, u.a. Reuters und Correctiv, ver.di-Gewerkschaftssekretär Papierverarbeitende Industrie und Druckereien, JournalistInnen und Verlage (Fachbereich 8)

Unterstützung für neue Grundrechte-Initiative wächst nach G20-Polizeigewalt

In der Kongresseinladung unter dem Titel »Demonstrationsrecht verteidigen! Aufruf zum Widerstand gegen den Abbau unserer demokratischen Grundrechte« vom 29.8. von mehr als 40 Organisationen und über 600 Einzelpersonen, u.a. Theologen und Prominenten wie dem Kabarettisten Wilfried Schmickler, heißt es:

*»SEIT DEN JÜNGSTEN GESETZESÄNDERUNGEN DURCH DIE BUNDESREGIERUNG (U.A. §§113, 114 STGB SOWIE MASSEN-ÜBERWACHUNG VON WHATSAPP/FACEBOOK), DER INITIATIVE ZUR EINSCHRÄNKUNG DES STREIKRECHTS (»TARIFEINHEIT«) UND DEN SCHWEREN GRUNDRECHTSVERLETZUNGEN GEGEN DEMONSTRANT*INNEN, SANITÄTER*INNEN, RECHTSANWÄLT*INNEN UND JOURNALIST*INNEN BEIM G20-GIPFEL IN HAMBURG IM JULI 2017 IST ES OFFENSICHTLICH: NACH DEN REPRESSIONEN GEGEN FLÜCHTLINGE UND MIGRANTENORGANISATIONEN WERDEN DER GESAMTEN SOZIALEN BEWEGUNG UND DER GANZEN BEVÖLKERUNG DER BUNDESREPUBLIK GRUNDLEGENDE DEMOKRATISCHE RECHTE GENOMMEN – INSBESONDERE DAS RECHT AUF VERSAMMLUNGSFREIHEIT.«*

Für den Wortlaut der Erklärung sowie die Liste der UnterzeichnerInnen siehe <http://demonstrationsrecht-verteidigen.de/>

Experten rufen auf zum Kongress am 7. Oktober in Düsseldorf:

Alexander Bosch, Experte von Amnesty International Deutschland lädt alle interessierten MitbürgerInnen zum Kongress nach Düsseldorf: *»Die Bundesrepublik Deutschland versteht sich als eine auf Grund- und Menschenrechten basierende Gesellschaft, trotzdem mussten wir in den letzten Jahren immer wieder Grund- und Menschenrechtsbeschränkungen erleben. Dieser Trend muss gestoppt werden, Grund- und Menschenrechte müssen in Deutschland aus- und nicht abgebaut werden.«*

Peter Dinkloh, langjähriger Journalist und ver.di-Gewerkschaftssekretär, warnt: *»Der Entzug der Akkreditierungen von JournalistInnen beim G20-Gipfel hat gezeigt, wie verletzlich die Pressefreiheit ist, wenn sie nicht immer wieder aufs Neue verteidigt wird. Das ist auch ein Aufruf an JournalistInnen sich gewerkschaftlich zu organisieren, weil sie ihre Rechte letztlich nur gemeinsam verteidigen können.«*

Elke Steven vom Komitee für Grundrechte und Demokratie wird den Kongress moderieren. Sie macht deutlich: *»Immer neue Gesetze und Regelungen stellen mitten in Deutschland grundlegende Menschenrechte infrage. Seit G20 müssen wir beobachten, in welchem Maß das demokratisch fundamentale Grundrecht auf Versammlungsfreiheit angegriffen wird. Jetzt reicht´s – Empörung und Zorn müssen in den notwendigen politischen Kampf münden.«*

Gerhard Kupfer, Maschinenschlosser, langjähriger IG-Metall-Vertrauensmann und Mitglied des Betriebsrates bei Daimler Bremen, richtet sich an die ArbeitnehmerInnen: *»Wir müssen uns bewusst sein, dass es an uns, den arbeitenden Menschen liegt, für Gerechtigkeit zu sorgen. Dazu haben wir u.a. das Mittel des Streiks, das wir mit all unserer Kraft und auf allen Ebenen verteidigen müssen. Aber: Klar ist: Die Frage des Streikrechts wird nicht vor den Gerichten entschieden, sondern nur durch seine praktische Ausübung in den Betrieben!«*

Die vier politischen Kernforderungen der Initiative:

- Freiheit für die politischen Gefangenen von G20 und NAV-DEM/ATIK und Einstellung der Verfahren!
- Verteidigung des Demonstrationsrechts: Weg mit der Reform der §§ 113 u. 114 StGB!
- Verteidigung des Streikrechts: Weg mit der „Tarifeinheit“!
- Verteidigung der Pressefreiheit: Weg mit der Repression gegen Journalist*innen!

INITIATIVE „DEMONSTRATIONSRECHT VERTEIDIGEN!“

Pressekontakt:

info@demonstrationsrecht-verteidigen.de

Julia Kaufmann | 0176-21360797

Sprecherin der Initiative, Mitglied im ver.di-Bezirksjugendvorstand NRW-Süd und Betroffene von Polizeigewalt und Freiheitsberaubung beim G20-Gipfel in Hamburg, siehe <http://demonstrationsrecht-verteidigen.de/dokumente/>

Nils Jansen | 01575-4221244

Sprecher der Initiative, Mitglied im ver.di-Bezirksjugendvorstand NRW-Süd, ebenfalls Betroffener

Dr. Rolf Gössner | rolf-goessner@ilmr.de

Vorstandsmitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte